

Scheint so der Absatz gesichert, so ist die Frage aufzuwerfen, ob die Produktion in altem Umfange sich in kurzer Zeit wieder erzielen läßt. Die Arbeiterfrage wurde schon oben bei der Landwirtschaft gestreift. Für die Industrie kommt diese Erwägung erst recht in Frage, und zwar handelt es sich hier nicht allein um den großen Ausfall an gelernten und ungelernten Arbeitern, die im Felde ihr Leben ließen oder so beschädigt wurden, daß sie ihren bisherigen Beruf nicht wieder aufnehmen können, sondern auch um den prozentual viel höheren Verlust an Ingenieuren, Kaufleuten und sonstigen intelligenten Fachleuten in leitenden Stellungen. Eine durch Arbeitermangel bedingte Einschränkung der Produktion in der ersten Friedenszeit mag den Vorzug haben, daß wir uns keine Uebertreibungen in der Produktion zuschulden kommen lassen, wie wir sie in Deutschland nach dem Kriege 1870/71 mit all ihren üblen Nachwirkungen erlebten.

Eine weitere Sorge hinsichtlich der vollständigen Wiederaufnahme der Produktion bildet die spätere Gestaltung der Geld- und Kreditverhältnisse. Nach Beendigung des Krieges wird in der ganzen Welt eine starke Nachfrage

nach Geld einsetzen. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden wollen ihre großen Bedürfnisse befriedigen. Der Handel muß die Einfuhr von Lebensmitteln, Futtermitteln und Rohstoffen in die Wege leiten. Die Industrie braucht Mittel für die Umstellung ihrer Betriebe auf den Friedensbedarf und schließlich wird die Wiederaufnahme der Ausfuhr eine teilweise Kreditgewährung an fremde Länder erforderlich machen. So kann es kommen, daß das Geld knapp und der Zinssatz hoch wird, wodurch die Lebenshaltung verteuert und eine ungünstige Rückwirkung auf die Bautätigkeit ausgeübt würde. Will man diese Nachteile vermeiden oder doch auf das notwendigste Maß zurückführen, so wird man staatlicherseits eine Beschränkung der Einfuhr und eine Förderung der Ausfuhr für die erste Zeit nach dem Kriege ins Auge fassen müssen. Darin läge zugleich ein Mittel, die Valuta schneller wieder auf einen günstigen Stand zu bringen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben alle Veranlassung, hierbei die gleichen Wege zu gehen, um einer ruhigen und sicheren Entwicklung von Handel und Industrie die Wege zu ebnen.

Es liegt nahe, zum Schluß noch ein Wort über das künftige Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu sagen. Die seit langem bewährte treue Bundesgenossenschaft hat in diesem Kriege ihre Feuerprobe bestanden und die Völker einander näher gebracht. Jedermann ist überzeugt, daß beide Länder auch in Zukunft in militärischer und politischer Hinsicht fest und treu wie bisher zusammenstehen müssen. Aus diesem Gefühl heraus ist dann der Gedanke aufgetaucht und lebhaft verbreitet worden, daß darüber hinaus ein völliger Wirtschaftszusammenschluß stattfinden müsse, in den nach Meinung vieler auch noch Bulgarien und die Türkei einzubeziehen wären. Begründet wird diese Auffassung vielfach noch mit der Notwendigkeit, gegenüber dem Uebelwollen der Vierverbandsmächte und der drohenden amerikanischen Gefahr einen Ersatz für den Wegfall von Ausfuhrmengen nach Uebersee durch erleichterten Absatz nach den verbündeten Nachbarreichen zu suchen. Die bisher hierüber gepflogenen Verhandlungen und die oft geistvollen Veröffentlichungen über dieses Thema lassen zuwächst die kühle Berechnung vermissen, ob bei den vorhandenen Erzeugungs-, Verbrauchs- und Absatzverhältnissen eines jeden Landes ein so weit gestecktes Ziel ohne Schaden für die volkswirtschaftlichen Grundlagen der Länder sich verwirklichen läßt. Schon die Feststellung der Unterlagen eines solchen Vertrages unter Beachtung der Bedürfnisse beider Länder stellt eine Riesenarbeit dar. Daneben bildet die Verschiedenheit in der Währung, in den Steuern, in der Handels- und in der sozialen Gesetzgebung eine kaum zu überwindende Schwierigkeit.

Für die deutsche Industrie ist die Aufrechterhaltung ihrer bedeutenden Ausfuhr eine Lebensfrage. Eine verstärkte Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn vermag keinen Ausgleich zu bieten gegen einen starken Verlust an Absatz auf dem Weltmarkt, der durch einseitige Bevorzugung des Nachbarlandes leicht herbeigeführt werden könnte. Das zeigen ohne weiteres die Zahlen der Handelsstatistik. Im Spezialhandel Deutschlands betrug 1913 die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn 10.9 Prozent der Gesamttausfuhr, macht aber 39.5 Prozent der Gesamteinfuhr Oesterreich-Ungarns aus. Erwägt man, daß viele Rohstoffe und Erzeugnisse, die weder das eine noch das andere Land hervorbringt, auch weiterhin von den Ursprungsländern bezogen werden müssen, so sieht man ohne

weiteres, daß die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn nur eine schwache Steigerung erfahren könnte. Dabei lief die österreichische Industrie Gefahr, durch Ueberflutung mit deutschen Waren ruiniert zu werden, wenn nicht besondere Verträge Abhilfe schaffen, die wieder auf eine Minderung der Einfuhr hinwirken müssen. Beide Teile würden Opfer bringen, ohne daß etwas Wesentliches erreicht wäre, außer einer Verzögerung der übrigen Absatzländer, die wieder geeignet ist, unangenehme Rückwirkungen bei den nächsten Zollverhandlungen hervorzurufen. Sobald man auf Einzelgebiete eingeht, zeigt sich die Richtigkeit des Vorhergesagten noch deutlicher. Die Ausfuhr der deutschen Eisenindustrie macht etwa 7 bis 8 Prozent der gesamten Ausfuhr in Eisen aus, beträgt dagegen schon etwa 65 Prozent in der Ausfuhr Oesterreichs. Wenn man die Verhältnisse nüchtern betrachtet, muß man zugeben, daß der für Deutschland bei einer Beseitigung der Zollschranke oder bei einer Zollbevorzugung zu erwartende Zuwachs sehr geringfügig ist, auf der anderen Seite aber eine starke Mehreinfuhr für die österreichische Industrie verhängnisvoll werden könnte. Diese mühte sich daher zuallererst zu solchen Plänen äußern. Nach dem bisherigen Gang der Behandlung ist der Gegenstand noch weit davon entfernt, als reif für die Ausführung zu gelten. Heute können wir nur vorbereitende Maßnahmen für einen späteren engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß treffen. Praktisch ließe sich schon durch gegenseitiges Entgegenkommen bei Abschluß des nächsten Handelsvertrages eine gegenseitige Bevorzugung ermöglichen derart, daß für Erzeugnisse, in denen eines der beiden Länder schon heute der Hauptsache nach das andere beliefert, Zollermäßigungen vereinbart werden, die sich im gegenseitigen Gesamtbetrag ungefähr ausgleichen.

Auf den weitergehenden Plan einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzugehen, ist hier nicht der Ort, es mag nur angedeutet werden, daß Bulgarien und die Türkei sich auch in Zukunft vorwiegend landwirtschaftlich betätigen und auf Jahrzehnte hinaus nur einen beschränkten Markt für Industrieerzeugnisse bieten werden. Die Ausfuhr dieser beiden Länder nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland dürfte bald einen größeren Umfang annehmen.

Wichtig für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den verbündeten Mittelmächten wäre ein besonderer Ausbau der Verkehrswege. Im Kriege sind uns die Vorteile des Kampfes auf der „inneren Linie“ vor Augen getreten. Wir haben aber gesehen, daß die Verkehrswege und Verkehrsmittel es nicht ermöglichten, diesen Vorteil zur vollen Ausnutzung zu bringen. Hier muß unsere Tätigkeit einsetzen. Mit einer Verbesserung der Eisenbahnen muß eine solche der Wasserstraßen Hand in Hand gehen. In dieser Hinsicht verdienen auch die Bestrebungen zur Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Donau und

Main und einer Kanalverbindung der Donau mit der Elbe und Oder große Beachtung. Für den Verkehr zwischen Nord- und Mitteldeutschland und den Orten an der unteren Donau wird im Frieden der Seeweg immer billiger sein, wohl aber könnte sich auf diesen Wasserstraßen ein lebhafter Verkehr nicht nur auf den Teilstrecken, sondern auch von Süddeutschland nach Oesterreich-Ungarn und den Balkanländern und umgekehrt entwickeln. Verkehrswege, die im Frieden nicht voll betrieben werden, können auch im Kriege nichts Rechtes leisten. Mit einer Verbesserung der Verkehrswege zu Wasser und zu Lande bereitet man den engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Mächte am sichersten vor.

Trotz der oben geschilderten Schwierigkeiten, welche unserer Industrie nach Beendigung des Krieges drohen, brauchen wir nicht allzuängstlich in die Zukunft zu sehen, denn zu unserm Trost dürfen wir annehmen, daß sie bei unseren Feinden und selbst in den neutralen Ländern in ungefähr gleichem Maße aufstehen. Umsoweniger haben wir Veranlassung, übereilt ein Wirtschaftsbindnis zu schließen, von dem man nicht weiß, wie es sich anläßt, und das leicht zu einer Gefahr für unser politisches Bündnis werden könnte. Schon an anderer Stelle habe ich dies durch folgendes Gleichnis ausgedrückt: Wenn zwei Familien, die jahrelang in enger Freundschaft zusammengestanden haben, den Entschluß fassen, fortan einen gemeinsamen Haushalt zu führen, so werden sie wohl für einige Zeit bei gegenseitiger Rücksichtnahme gut miteinander auskommen. Sollen sie aber dauernd an derselben Tafel sitzen, so werden sie bald manche der früheren Gewohnheiten schmerzlich entbehren, es recht, wenn einige der Kinder von Jugend an zueinander ständig und eigenwillig erzogen sind. So kann es nachher zum Strach kommen, bei der die alte Freundschaft Brüche geht. Das hier Gesagte gilt auch für Völkerfamilien. Unsere bisherigen getrennten Völkerverbeziehungen haben dem festen militärischen Zusammenhalt in keiner Weise geschadet. Es wäre bedauerlich und ein nicht wieder gutzumachender Fehler, wenn durch voreilige Versuche eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses unser politisches und militärisches Zusammenstehen gefährdet würde, das die Grundlage für die weitere Entwicklung unserer Reiche bildet. Unter dem sicheren Schutz ihrer Waffen und bei der Leistungsfähigkeit ihrer gefunden, beweglichen, im Kriege erprobten Volkswirtschaft werden die verbündeten Nachbarreiche im freien Wettbewerb alle Schwierigkeiten überwinden und in wirtschaftlicher Hinsicht ihre angelegene Stellung unter den Kulturvölkern der Erde behaupten.